

DeSaFor – Newsletter - *a k t u e l l*

Ausgabe November 2020

**Einladung zu einer Online-Veranstaltung
in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung
am Montag, dem 30. November 2020, 18h00 – 20h00**

**„Südafrika als strategischer Partner Deutschlands? –
Perspektiven deutsch-südafrikanischer Zusammenarbeit“**

Eine Diskussion mit Einschätzungen und Beiträgen von

- *S.E. Phumelele Stone Sizani, Botschafter der Republik Südafrika in Deutschland, Berlin*
- *Dr. Melanie Müller, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)*
- *Dr. Stefan Oswald, Leiter der Abteilung „Marshallplan mit Afrika, Flucht und Migration“, BMZ*
- *Elisabeth Sidiropoulos, Chief Exekutive, South African Institute of International Affairs (SAIIA)*

Moderation: Henning Suhr, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Johannesburg

Bitte melden Sie sich bis zum 23. November 2020 an unter mitgliederservice@desafor.de.

Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie rechtzeitig vor dem Termin einen link zur Teilnahme über die Videokonferenz-Plattform ZOOM



In diesem Newsletter:

**„Hinter'm Horizont
geht's weiter“**

Analyse und Stimmen
zum „Medium Term
Budget Review“ des süd-
afrikanischen Finanzminis-
ters
Tito Mboweni

Am 28. Oktober 2020

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,

mit diesem „Newsletter – aktuell“ reagieren wir auf die jüngsten Entwicklungen im südafrikanischen Haushalt und ergänzen damit die Berichterstattung aus unserem Oktober-Newsletter. Auch wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung und die zum Teil schwerfällige und manchmal etwas hilflos wirkende Reaktion der südafrikanischen Regierung mit kritischem Blick betrachten, sind wir dennoch zuversichtlich, dass das Land und vor allem seine Bürgerinnen und Bürger auch diese schwierige Zeit überwinden werden.

Wir halten es mit der am Ende des Artikels zitierten Mahnung eines Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Daniel Kahnemann, der sich als Psychologe mit den Problemen der Entscheidungsfindung auseinandergesetzt hat.

Er warnt davor, nur augenscheinlich Sichtbares zu berücksichtigen und sich den Blick für das große Ganze vernebeln zu lassen (oder: ‚vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen‘).

So wollen auch wir versuchen, unseren Sorgen über die Entwicklung in unserem Partnerland Südafrika mit Zuversicht zu begegnen. Allerdings auch weiterhin mit einem kritischen Blick! Bleiben Sie gesund!

Ihr Vorstand und Ihre Geschäftsführung

**Deutsch-Südafrikani-
sches-Forum e.V.**

www.desafor.de

Kontakt:
info@desafor.de

Adresse:
DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

**Haben Sie schon an unserer Umfrage zur Zukunft unserer Vereinsarbeit teilgenommen?
Ihre Meinung ist uns sehr wichtig!**

Den Fragebogen finden Sie [hier](#) – Bitte senden Sie ihn bis 30.11.2020 zurück an info@desafor.de
oder per Post an die nebenstehende Adresse.

Hinter'm Horizont geht's weiter...

Diese optimistische Liedzeile von Udo Lindenberg kam mir spontan in den Sinn, als ich die Rede von Finanzminister *Tito Mboweni* las, mit der er am 28. Oktober 2020 mit einwöchiger Verspätung seinen Bericht zur Halbzeit des Haushaltsjahres (Medium Term Budget Policy Statement) dem südafrikanischen Parlament vorgestellt hatte ([hier finden Sie die Rede](#)).



Zwei Wochen zuvor hatte Präsident *Ramaphosa* sein Drehbuch für den „Wiederauf-

bau und die Erholung der Wirtschaft“ nach den Lockerungen von Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID 19-Pandemie vorgestellt. Darüber haben wir im Newsletter Oktober 2020 berichtet ([hier](#)).

Mit einiger Spannung war nun erwartet worden, wie der Finanzminister die ambitionierten Pläne seines Regierungschefs im Haushalt abbilden wird. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass *Mboweni* bereits im Juni gezwungen war, mit einem Nachtragshaushalt die ursprünglich noch recht optimistischen Perspektiven für 2020/2021 und Folgejahre zu korrigieren.

Die neue Lage im Oktober 2020

- Die wirtschaftlichen Folgen der Covid 19-Pandemie treffen Südafrika härter als vor wenigen Wochen angenommen: Erwartet wird, dass die **Wirtschaft** um -7,8 % (Prognose 06/20 - 7,2 %) schrumpft; der IWF schätzt sogar den Rückgang auf -8 %. Allerdings wird für das kommende Jahr ein

stärkerer Aufschwung von + 3,3 % (06/20 = 2,9 %) und für die darauffolgenden drei Jahre ein durchschnittliches Wachstum von 2,1 % geschätzt.

- Entsprechend vermindern bzw. verschieben sich auch die Prognosen zu den **Steuereinnahmen**.

Gegenüber dem Nachtragshaushalt werden sie noch einmal um 8,7 Mrd. Rand nach unten korrigiert und sind nun um 321 Mrd. Rand niedriger als bei der Haushaltsvorstellung im Frühjahr. Der Negativeffekt wird auch 2021/22 anhalten.

Allerdings kündigte *Mboweni* über die nächsten drei Jahre sukzessive und relativ moderate Steuererhöhungen an, die zum angestrebten Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2025/26 beitragen sollen. Zudem erhofft er sich eine kräftige „Spritze“ aus der Versteigerung von Frequenzen für die Mobilfunkanbieter.

- Bei der **Verschuldung** sieht *Mboweni* zwar immer noch den „Silberstreif am Horizont“, verschiebt jedoch die Horizontlinie der Konsolidierung von 2023 auf das Jahr 2025 und erhöht sogleich das Konsolidierungsziel der Staatsverschuldung von 87 auf 95% des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Damit verlängert sich die bereits hohe Belastung des Haushaltes mit derzeitigen Zinskosten im Umfang von 4,8 % des BIP durch darüber hinaus vermutlich noch steigende Zinsbelastungen erheblich.

Domestic economic outlook

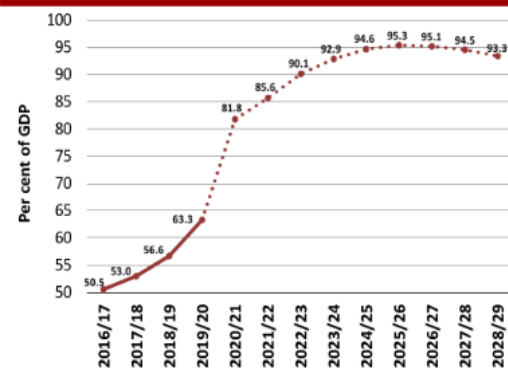
Table 1.1 Macroeconomic projections

Calendar year	2019 Actual	2020 Estimate	2021 Forecast	2022 Forecast	2023 Forecast
Percentage change unless otherwise indicated					
Household consumption	1.0	-7.9	4.7	2.2	1.9
Gross fixed-capital formation	-0.9	-19.6	-1.4	3.9	3.9
Real GDP growth	0.2	-7.8	3.3	1.7	1.5
GDP at current prices (R billion)	5 078	4 885	5 240	5 553	5 877
CPI inflation	4.1	3.2	4.1	4.4	4.5
Current account balance (% of GDP)	-3.0	-0.8	-1.6	-2.0	-2.7

Source: Reserve Bank and National Treasury

Zum Vergleich: Die Investitionen in Infrastruktur betragen derzeit nur 183 Mrd. Rand oder 4 % des BIP. Der „neue Horizont“ erscheint zwar durchaus realistischer, aber das Ziel bleibt ambitioniert.

Gross loan debt outlook



Das Ziel wird aber nur erreichbar sein, wenn alle angekündigten, längst überfälligen Maßnahmen umgesetzt werden.

Teufelskreis wachsender Probleme und gestiegener Erwartungen

Vor dem Hintergrund, dass *Mboweni* seinen bei der Einbringung des Nachtrags Haushaltes im Juni so vehement verteidigten Konsolidierungskurs auf keinen Fall aufgeben will, sondern sich allenfalls bereit zeigt, ihn zeitlich zu „strecken“, steht er angesichts dieser Situation und der Ankündigungen des Präsidenten, massiv in den Wiederaufbau und die Erholung der Wirtschaft investieren zu wollen, vor besonders schwierigen Herausforderungen. Die Hauptrisiken liegen dabei



- in den Ungewissheiten, wie sich die internationale und die davon auch stark abhängige heimische Wirtschaft bei fortschreitender Pandemie entwickeln wird;
- in der Unsicherheit, ob sich die notwendigen Ausgabenkürzungen, insbesondere die Ausgaben für die Gehälter im öffentlichen Dienst im angestrebten Umfang und verlässlich realisieren lassen;
- in der weiteren Entwicklung des Finanzbedarfs staatlicher Unternehmen wie ESKOM oder SAA zur Deckung operativer Kosten bzw. zur Abwendung von Insolvenzen und zur Sicherung der Betriebsfähigkeit;

sowie – nicht zuletzt –

- in der Gefahr, dass nach der relativ guten Entwicklung der Infektionszahlen in Südafrika nach dem ersten und sehr restriktiven Lock-down eine zweite Welle wiederum neue Einschränkungen erfordert, wie sie andernorts erneut notwendig sind.

Der ANC hat das von Präsident *Ramaphosa* vorgelegte **Programm zum Wiederaufbau und zur Erholung der Wirtschaft** ([hier](#)) begrüßt. Für den Finanzminister bedeuten die Ankündigungen jedoch zusätzliche Belastungen für den Haushalt, die bei der beschriebenen Lage nicht finanzierbar sind, ohne den Konsolidierungskurs zu verlassen. *Mboweni's* „Mittel der Wahl“ sind Steuererhöhungen und **Kürzungen der Ausgaben** bzw. -umschichtungen bei den Haushaltspositionen.

Insgesamt summieren sich die beabsichtigten Kürzungen in den nächsten drei Jahren auf 300 Mrd. Rand – bzw. 6,9% in 2021/22, 2,6 % in 2022/23 und 3,4 % in 2023/24 – eine gewaltige Anstrengung!

Für *Duma Gqubule*, Gründungsdirektor des *Centre for Economic Development and Transformation* ([hier der ganze Artikel](#)) sind die Prognosen des *Medium Term Budget Policy Statements* viel zu optimistisch, wie er am 9.11.2020 im BUSINESS DAY schreibt.

Eigentlich, so der Kolumnist, habe *Mboweni* die Pläne des Präsidenten faktisch wieder „kassiert“. Ein durchaus mögliches, wenn auch geringes BIP-Wachstum werde allein vom konsumtiven Teil des Haushaltes aufgezehrt; Raum für die vom Präsidenten gewünschten **Investitionen** werde es wohl nicht geben – im Gegenteil: 2021 werde das fünfte Jahr in Folge sein, in dem die staatlichen Investitionsausgaben zurückgehen.

Ob alternative Finanzierungsmöglichkeiten wie die Gewinnung des Privatsektors oder die Möglichkeit für Pensionsfonds, auch in Infrastrukturprojekte zu investieren – ohne, so *Mboweni*, das vorrangige Sicherheitsinteresse der Mitglieder der Fonds außer Acht zu lassen – das erforderliche Kapital bringen werden, bleibt zu hoffen.

Die Bildung des Infrastrukturfonds für öffentlich-private Investitionen hat zwei Jahre in Anspruch genommen; er soll nun handlungsfähig sein, aber erste Einschätzungen von NEDLAC (*National Economic Development and Labour Council*) zeichnen noch kein überzeugendes Bild.

Große Zweifel haben *Gqubule* und zahlreiche andere Kommentatoren an einem Erfolg der angekündigten **Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst**.

Die vom Finanzminister genannten Einsparpotenziale im Umfang von über 310 Mrd. R in vier Jahren seien völlig unrealistisch. Ein – ebenso unwahrscheinliches – „Einfrieren“ der jetzigen Gehälter über die nächsten zwei Jahre würde allenfalls eine Einsparung von rund 80 Mrd. Rand erbringen – für die „Zielmarke“ 310,6 Mrd. R bliebe eigentlich nur die Entlassung von tausenden öffentlichen Bediensteten – ein völlig unrealistisches Szenario.



Die ersten Reaktionen der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst machen deutlich, dass sie trotz der vergleichsweise sicheren finanziellen Situation ihrer Mitglieder nicht bereit sind ihre Ansprüche auf Erfüllung des laufenden Tarifvertrages und auf den Abschluss neuer Vereinbarungen mit garantierten Anpassungen an die Preisentwicklung (und darüber hinaus) zu verzichten.

DeSaFor – Newsletter - *a k t u e l l*

Ausgabe November 2020

Der von *Mboweni* einseitig erklärte Schritt, die Gehälter auf dem jetzigen Stand für die nächsten drei Jahre einzufrieren, hat alle Teilgewerkschaften dazu veranlasst, Aktionstage zu planen und den Präsidenten aufzufordern, den Finanzminister an den Verhandlungstisch zu beordern. Zudem steht für den 2. Dezember das von den Gewerkschaften initiierte Gerichtsverfahren zur Umsetzung der für das laufende Jahr entsprechend dem Tarifergebnis noch ausstehenden Gehaltserhöhungen an.

Die Erwartungen, dass es dem Finanzminister wirklich gelingen kann, seinen erneuten starken Ankündigungen zur drastischen Senkung der Gehaltsbelastungen für den öffentlichen Dienst auch wirksam Taten folgen zu lassen, sollten jedenfalls nicht zu hoch angesetzt werden. Ein zumindest weitestgehendes Gelingen ist aber unabdingbar, wenn er seine Haushaltsziele erreichen will.

Eine ähnliche Bewertung gilt mit Blick auf die **Staatsunternehmen**. Dabei geht es nicht nur um den langsamen, aber immerhin wohl eingeleiteten Fortschritt bei der Sanierung von ESKOM, sondern auch um zahlreiche andere größere und kleinere „Sorgenkinder“, die von Staatshilfen abhängig sind. Eine „Schrecken ohne Ende“ scheint dabei vor allem die einst so stolze *South African Airways* zu sein, die nach einer Dreijahreszusage i.H.v. 16,4 Mrd. Rand im Februar diesen Jahres nun noch einmal 10,5 Mrd. Rand für die Deckung ihrer operativen Kosten erhalten hat. Die eigentlich gute Nachricht, dass dieser



erneute Zuschuss das Haushaltsdefizit nicht erhöhen soll, wird

Auszüge aus einem offenen Brief von *Thuli Madonsela*, Law Trust Chair in Social Justice, Stellenbosch University. 5.11.2020 financial mail [hier finden Sie den ganzen Brief](#)

Dear President Ramaphosa

„... Hunger war eine nationale und globale Herausforderung, lange bevor sich Covid-19 auf die Welt stürzte..... Im Aprilstellten wir fest, dass das Recht auf Nahrung in der Verfassung verankert ist, die feststellt, dass "jeder Mensch das Recht auf ausreichende Nahrung und Wasser hat", Wir danken der Regierung auch für den befristeten R350-Zuschuss für die Bedürftigen und dafür, ..., diesen Zuschuss um einige weitere Monate zu verlängern.... Die Daten zeigen jedoch, dass viele durch die Ritzten gefallen sind..... Darauf wurde die Ministerin für soziale Entwicklung, Lindiwe Zulu, kürzlich ... hingewiesen. Zulus Antwort war insofern beunruhigend, als sie betonte, dass diejenigen, die sich an die Regeln hielten, geholfen wurde. Sie stimmen sicher zu, dass die Regeln den Menschen dienen sollen und nicht umgekehrt.

Wir haben eine Verfassung, die bewusst soziale Gerechtigkeit verspricht. Aber Vertrauen ist hier zentral: Es ist die Grundlage der Demokratie und aller anvertrauten Macht. Vertrauen und Gerechtigkeit halten das Gefüge der Gesellschaft zusammen,Ohne diese ist die Demokratie dem Untergang geweiht. Wenn Familien und Einzelpersonen in Not Hilfe versprochen und diese nicht geleistet wird, stellt dies einen Vertrauensbruch dar. Es reicht nicht aus, dass die Regierung ihre eigenen Regeln befolgt hat.

Deshalb schreibe ich Ihnen, Herr Präsident, um Sie dringend aufzufordern, etwas zu tun und sicherzustellen, dass niemand aufgrund von Betriebsschließungen und Arbeitsplatzverlusten während und nach der Abriegelung hungrig ist. Es ist unsere Pflicht - unsere verfassungsmäßige Verantwortung und eine Garantie für nachhaltige Demokratie und Frieden.“

allerdings dadurch relativiert, dass *Mboweni* zum Ausgleich insgesamt 41 Budgetansätze von Ministerien gekürzt hat, allein 1,4 Mrd. R bei Bildung, 1,2 Mrd. R bei der Polizei und je 0,7 Mrd. bei Gesundheit und beim öffentlichen Nahverkehr – Kürzungen, die insbesondere den armen Teil der Bevölkerung betreffen, kaum vertretbar und politisch wohl nur schwer vermittelbar sind.

„WYSIATI“ oder doch ein Fünkchen Hoffnung?

J.P. Landman, langjähriger politischer Beobachter mit scharfer Zunge, aber schier unverbesserlichem optimistischem Blick zitiert den Nobelpreisträger für Wirtschaft des Jahres 2002 mit seiner Analyse, dass ein zu fokussierter Blick auf die Probleme den Blick auf das große Ganze oft vernebelt ([hier](#)).

„*What you see is all there is*“ (WYSIATI) sei ein häufig gemachter Fehler in der Entscheidungsfindung. Landman erkennt dagegen Zusammenspiel zwischen dem Präsidenten und seinem Finanzminister den Ausdruck eines gemeinsamen starken politischen Willens, die Wende zum Besseren schaffen zu wollen – trotz aller schwierigen und immer schwieriger werdenden Bedingungen und gegen alle Widerstände. Und es seien Erfolge der letzten 20 Monate sichtbar, auch wenn die Schwächen der Bürokratie, die Korruption und viele Mängel in der Infrastruktur noch keineswegs überwunden seien.

Die scheinbare Unermüdlichkeit und das entschiedene Auftreten beider Akteure lassen jedoch hoffen – immer noch!
Klaus Brückner

Redaktion: Klaus Brückner

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte ein mail an info@desafor.de

V.i.S.d.P. Hans-Werner Bussmann